



N I E D E R S C H R I F T

Sondersitzung des Ausschusses für Soziales

Termin	Mittwoch, 24.08.2022
Beginn	17:00 Uhr
Ende	18:25 Uhr
Ort	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Dr. Marek Lengen - SPD	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Aydin Candan - SPD	
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	
Sandra Odendahl - SPD	
Dr. Werner Vieler - AfD	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Volker Krause - BfL	
Andreas Müller - DIE LINKE	
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Volker Nehrhoff - CDU	
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL	
Mara-Lena Zeplin - Fraktion Vielfalt	
Natalie Beisiegel-Röhl - FDP	
André Pätou - CDU	
Verwaltung	
Daniel Blank - FBC FB 2	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Jessica Anton - FBC FB 2	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Herr Frase - 2. Polizeirevier -	

Karin Mechnich - AWO-Drogenhilfe	
Birgit Reichel - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	bis 17.50 Uhr
Friedemann Ulrich - Vorwerker Diakonie	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Carsten Grohmann - CDU	- entschuldigt -
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -
Aneta Wolter - CDU	- entschuldigt -
Anka Grädner - Fraktion 21 Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	- entschuldigt -
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dr. Axel Walther - FDP	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Berichte	
2.1	Bericht zum AUSTAUSCHANTRAG Fraktionen Vielfalt & Die LINKE: Prüfantrag zum Zwischenbericht "Sachstand zur Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen	2/11260-01-01-03

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende Herr Dr. Lengen begrüßt die Anwesenden insbesondere die Gäste Frau Mechnich von der AWO Lübeck, Herrn Ulrich von der Vorwerker Diakonie, Herrn Frase vom 2. Polizeirevier sowie Frau Reichel vom Bereich Jugendarbeit und diese in der Funktion der Vertreterin der SiPa und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen.

Er berichtet, dass auf Antrag von 5 Mitgliedern des Ausschusses dieser Sondersitzung einzuberufen war und dieses ordnungs- und fristgemäß erfolgt ist.

Der Vorsitzende verpflichtet die stellvertretenden bürgerliche Ausschussmitglieder Frau Beisiegel-Röhl sowie Herrn Pätou mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Herr Dr. Lengen übergibt das Wort an Frau Steinrücke, die ebenfalls die Anwesenden begrüßt und sich dem Ausschuss kurz vorstellt.

zu 2 Berichte

zu 2.1 Bericht zum AUSTAUSCHANTRAG Fraktionen Vielfalt & Die LINKE: Prüfantrag zum Zwischenbericht "Sachstand zur Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen Vorlage: 2/11260-01-01-03

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Frau Senatorin Steinrücke die mit einer Power-Point-Präsentation in das Thema einführt. Sie berichtet von der aktuellen Situation und den Prüfabläufen, die in dem vorliegenden Bericht aufgezeigt wurden.

Sie erläutert ausführlich die verschiedenen Varianten und begründet, warum die Variante 1 für alle Beteiligten am geeignetsten erscheint.

Im Anschluss bittet der Vorsitzenden die Fachleute ebenfalls um eine Schilderung der Lage und deren Meinung zur Variante 1.

Hierzu meldet sich Herr Frase zu Wort. Er berichtet, dass die Polizei im guten Kontakt vor Ort ist und hält ebenfalls die Variante 1 für geeignet, denn eine weitere „Umsiedelung oder Vertreibung“ würde die Szene wieder auswählen.

Frau Mechnich bestätigt, dass die Betroffenen vermutlich eine neue Zwischenlösung wie Bus oder Zelt ablehnen und sich wieder zerstreuen würden, was die Arbeit der Unterstützer, wie z.B. der Streetworker, wieder erschweren würde. Sie befürchtet auch einen Vertrauensverlust, wenn eine neue Zwischenlösung präsentiert würde. Sie hält die Variante 1 für geeignet,

zumal dann auch durch das Mittagessen eine gute Kontaktmöglichkeit zu den Betroffenen gegeben ist.

Herr Ulrich sieht die Variante 1 auch als gute Maßnahme an. Er weist aber noch zusätzlich daraufhin, dass man überlegen könnte, die Expertenrunde um den LKS – Verein Lübecker Koordination für Suchtfragen e.V. – zu erweitern.

Frau Reichel spricht sich ebenfalls für die Variante 1 aus und möchte noch einmal betonen, dass man in Lübeck mit dieser geplanten und im Bau befindlichen Begegnungsstätte etwas ganz „Großes“ schafft und man sich davon nicht entmutigen lassen sollte, dass es etwas länger dauert als gewünscht.

Herr Krause erfragt, wer künftig der Betreiber sein wird.

Frau Senatorin Steinrücke verweist auf die Beschlussfassungen und ergänzt, dass die AWO die Begegnungsstätte betreiben wird.

Frau Zeplin hinterfragt, warum man von einem Vertrauensverlust ausgeht.

Frau Mechnich schildert noch einmal die Historie, von der „Vertreibung bzw. Auflösung“ des Treffs Krähenteich, dann die weiteren stetigen Kontrollen durch die Ordnungskräfte am Klingenberg und Koberg und nun käme der Platz am Bahnhof dazu. Die Betreuung sei sehr schwierig, weil die Leute dann wieder irgendwo sind, aber nicht richtig greifbar für die Streetworker. Sollte jetzt wieder ein Bus oder Zelt als Zwischenlösung kommen, wird das Vertrauen nicht gestärkt werden.

Desweiteren melden sich Herr Müller, Frau Zeplin sowie Herr Dr. Vieler zu Wort, der von seinem persönlichen Eindruck am „Bismarck-Denkmal“ berichtet und diesen als unzumutbar beschreibt. Er hält die Variante 1 für nicht geeignet und spricht sich für eine Zwischenlösung der Varianten 2a oder 2b aus.

Herr Voht fasst zusammen, dass hier eine zeitliche Lücke bis zu Fertigstellung der Begegnungsstätte zu schließen ist und auch er hält eine erneute „Verdrängung“ für nicht geeignet. Er befürwortet auch die „Auflösung“ durch die erweiterten Angebote (Mittagessen und Betreuung) für diesen Personenkreis gem. der Variante 1.

In diesem Zusammenhang erfragt er, ob der Mischkonsum an der Stelle problematisch gesehen wird und ob auch die anderen Betroffene eine Mahlzeit irgendwo erhalten können. Herr Ulrich bestätigt, dass in der Mühle 77 ebenfalls eine kleine bescheidene Mahlzeit angeboten wird.

Herr Pätou erfragt, wie groß das Klientel ist und ob man denn die Stellen, so sie denn beschlossenen werden, auch besetzen kann.

Frau Mechnich erläutert, dass der Kontaktladen einen Durchlauf von 300- 400 Personen – in Coronazeiten- hatte.

Außerdem berichtet sie, dass aus einem anderen Bewerbungsverfahren noch Bewerbungen vorliegen, sodass man mit einer zeitnahen Besetzung rechnen kann.

Frau Odendahl spricht sich für Variante 1 aus.

Herr Candan verweist auf die entscheidende Beschlussfassung in der Bürgerschaft und plädiert für eine einheitliche Beschlussfassung der Variante 1 und erklärt, jede weitere Zeitverzögerung ist ein Verlust für die Hansestadt.

Frau Friemer spricht sich ebenfalls für die Variante 1 aus und gibt zu bedenken, dass ein evtl. Vertrauensverlust nicht zu unterschätzen ist.

Herr Nehrhoff spricht sich ebenfalls für die Variante 1 aus und erfragt den Fertigstellungstermin der Begegnungsstätte.

Frau Senatorin Steinrücke verweist hierzu auf die kommende Ausschusssitzung, in der ein Sachstandsbericht auf der Tagesordnung stehen wird. Der aktuellste Termin ist mit dem 27.02.2023 aber auch bereits in dem vorliegenden Bericht zum Prüfauftrag genannt.

Herr Dr. Vieler erklärt, dass es nicht zu verstehen ist, warum eine Versprengung des Klientels befürchtet wird, wenn das Angebot eines Busses oder Zeltes gemacht wird.

Herr Müller erfragt, ob es in der Mühle 77 von der Vorwerker Diakonie auch ein Mittagessen gibt.

Herr Ulrich berichtet, dass in der Mühle 77 ebenfalls eine kleine bescheidene Mahlzeit angeboten wird.

Hierzu erfragt Herr Müller, ob die Vorwerker Diakonie Mittel erhalten kann, damit dort ein Mittagessen angeboten werden kann.

Frau Senatorin Steinrücke erläutert, dass die Mahlzeit im Tea & Talk nur ein Anreiz sein soll, in den Kontakt zu kommen. Darüber hinaus verweist sie auf das Cafe W.U.T.

Es gibt keine Geldausschüttung ohne Antrag.

Sie gibt auch noch einmal zu bedenken, dass die beiden anderen Varianten 2 immer mit einer Einzäunung einhergehen, was nicht zum Wohlfühlen einlädt.

Herr Müller-Lornsen spricht sich ebenfalls für die Variante 1 aus.

Herr Voht gibt abschließend noch einmal zu bedenken, dass man die Konsumenten der legalen Drogen nicht aus dem Blick verlieren darf, und dass das Thema Sucht ganzheitlich zu betrachten ist.

Frau Zeplin erfragt die weitere Vorgehensweise.

Herr Dr. Lengen erläutert, dass zunächst ein Antrag des Ausschusses zu fassen ist, den er mit in die Bürgerschaft nimmt. Damit dieser Antrag die Bürgerschaft am morgigen Tag noch erreicht, muss eine 2/3 Mehrheit zur Dringlichkeit erreicht werden.

Der Vorsitzende verliest folgenden Antrag:

Dem Sachstandsbericht 2/11260-01-01-03 folgend wird der Bürgermeister beauftragt, die Variante 1 zu verfolgen.

D.h., zwei zusätzliche Stellen zu schaffen, davon eine für Streetwork und eine für den Kontaktladen Tea & Talk. Die zusätzliche Stelle im Streetwork soll bis 2023 befristet werden, die Stelle im Tea & Talk soll vorgezogen werden, weil sie ohnehin für den Betrieb in der neuen Beratungsstätte vorgesehen ist und schon besetzt wäre, wenn es zu keiner Bauverzögerung gekommen wäre.

Ebenso möge der Bürgermeister es ermöglichen, dass die AWO ein Essensangebot am Tea & Talk ermöglicht, damit die Grundversorgung mit einer warmen Mahlzeit am Tag sichergestellt ist.

Die Kosten sind durch die geplanten Haushaltsmittel 2022 und die vorgesehenen Mittel für 2023 auskömmlich.

Begründung: mündlich

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Prüfauftrag der Bürgerschaft vom 30.06.2022 (2022/11260-01-01) zu einer alternativen Aufenthaltsfläche zur Begegnung von drogenabhängigen Menschen im Umfeld des Standortes der im Bau befindlichen Begegnungsstätte bis zu deren Fertigstellung

Abstimmungsergebnis zum neu formulierten Antrag des Ausschusses für Soziales	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Bürgerschaft im Sinnes des Antrages des Ausschusses für Soziales zu beschließen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Teilnahme an der Sondersitzung, verweist auf die kommende Sitzung am 6. September und schließt die Sitzung um 18.25 Uhr.

Lübeck, den 5. September 2022

Dr. Marek Lengen Vorsitz	Gitte Timmermann Protokollführung

**NIEDERSCHRIFT****27. Sitzung des Ausschusses für Soziales**

Termin	Dienstag, 06.09.2022	
Beginn	16:00 Uhr	
Ende	18:20 Uhr	
Ort	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Aydin Candan - SPD		
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	ab 16:06 Uhr ab TOP 3.2	
Dr. Werner Vieler - AfD		
Aneta Wolter - CDU		
Anka Grädner - Fraktion 21 Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Volker Krause - BfL		
Andreas Müller - DIE LINKE		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	ab TOP 3.2 / 16:21 Uhr	
Volker Nehrhoff - CDU		
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL		
Mara-Lena Zeplin - Fraktion Vielfalt		
Natalie Beisiegel-Röhl - FDP		
Lienhard Böhning - SPD		
Étienne André Klenz - CDU		
André Pätou - CDU		
Beiratsmitglieder		
Christian Rettberg - Behindertenbeirat	öffentl. Teil bis TOP 9 / 18:18 Uhr	
Verwaltung		
Daniel Blank - FBC FB 2		
Dr. Jens Ilse - 2.000 Stabstelle Ehrenamtskoordination	öffentl. Teil bis TOP 9 / 18:18 Uhr	
Sabine Klawitter - Personalrat SIE	öffentl. Teil bis TOP 9 / 18:18 Uhr	

Volker Langhans - 2.500 Soziale Sicherung	öffentl. Teil bis TOP 9 / 18:18 Uhr
Norma Meyer - 2.500 Soziale Sicherung	öffentl. Teil bis TOP 4.1 / 17:16 Uhr
Vanessa Mollick-Kasten - Bereich Soziale Sicherung	öffentl. Teil bis Top 4.1 / 17:16 Uhr
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabstelle Integration	öffentl. Teil TOP 9 / 18:18 Uhr
Anke Seeberger - 2.000.2 Stabsstelle Integration	öffentl. Teil bis TOP 9 / 18:18 Uhr
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	öffentl. Teil bis TOP 9 / 18:18 Uhr
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	öffentl. Teil bis TOP 9 / 18:18 Uhr
Vivien Wolgast - Jobcenter Lübeck	öffentl. Teil bis TOP 4.1 / 17:16 Uhr
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 - Gesundheitsamt	öffentl. Teil bis TOP 9 / 18:18 Uhr
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Katja Nowroth - ePunkt e.V.	öffentl. Teil bis TOP 9 / 18:18 Uhr
Christian Saar - Jobcenter Lübeck	öffentl. Teil bis TOP 4.1 / 17:16 Uhr
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Carsten Grohmann - CDU	entschuldigt
Sandra Odendahl - SPD	entschuldigt
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dr. Axel Walther - FDP	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.06.2022	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Antwort der Anfrage des AM Marco Sander (Fraktion21): Anfrage zur pflegerischen Versorgung der Lübecker Bevölkerung / Senior:inneneinrichtungen (SIE) der Hansestadt Lübeck (TEIL 1)	VO/2022/11161-01
3.2	Mitteilung des Bereiches 2.500 zur Energiekrise	
4	Berichte	
4.1	Bericht: Die Arbeit des "Tandem Ehrenamts" im Zeitraum 2021-22 (Stabsstelle Koordinierung Ehrenamt und ePunkt e.V.)	VO/2022/11157
4.2	Sachstand zur Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen	VO/2022/11142-01
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnen-Einrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2021	VO/2022/11364
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschusmitgliedern	
7.1	Dringlichkeitsantrag AM Andreas Müller (DIE LINKE) und AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Unterbringung und Transport ukrainischer Geflüchteter	VO/2022/11189
7.2	AM Andreas Müller (DIE LINKE): Zuschüsse für Vertragspartner*innen der Hansestadt Lübeck	VO/2022/11400
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	

Nichtöffentlicher Teil:

10	Genehmigung der Niederschrift	
10.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.06.2022	
11	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
12	Berichte	
13	Beschlussvorlagen	
14	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit. Insbesondere begrüßt er Frau Katja Nowroth vom ePunkt Lübeck e.V.

Der Vorsitzende verpflichtet die stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitglieder Herrn Klenz und Herrn Böhning mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis 14 en bloc abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die Zuordnung.

Der Ausschuss beschließt ebenso einstimmig, dass Frau Timmermann (Protokollführung) und Herr Blank (Controlling) zur Anwesenheit im nichtöffentlichen Teil berechtigt sind.

Frau Grädner stellt den Antrag, TOP 3.1 zu vertagen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die geänderte Tagesordnung.

Der Vorsitzende erteilt Herrn Saar das Wort, der sich als Geschäftsführer des Jobcenters Lübeck den Mitgliedern des Ausschusses vorstellt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.06.2022

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Antwort der Anfrage des AM Marco Sander (Fraktion21): Anfrage zur pflegerischen Versorgung der Lübecker Bevölkerung / Senior:inneneinrichtungen (SIE) der Hansestadt Lübeck (TEIL 1) Vorlage: VO/2022/11161-01

vertagt

Beschluss:

Beantwortung der Anfrage des BM Marco Sander: Anfrage zur pflegerischen Versorgung der Lübecker Bevölkerung / SeniorInnenEinrichtungen (SIE) der Hansestadt Lübeck (Teil 1) (VO/2022/11161) aus dem Ausschuss für Soziales am 07.06.2022

Vorbemerkung:

1. "80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause versorgt. Aber die Zahl der Heimplätze und ambulanten Versorger nimmt zu - und damit der Bedarf an Personal. Ermöglichen muss die Gesellschaft beide Modelle.

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt stetig. Zum einen leben die Menschen länger, zum anderen verschiebt sich aufgrund des Geburtenrückgangs seit den 1970er-Jahren auch die Altersverteilung der Bevölkerung zugunsten der Älteren. Das führt dazu, dass nicht nur der Pflegebedarf wächst, sondern auch die Nachfrage nach qualifizierten Kräften ["Personal" anstatt "Kräfte"; Anm. des Verfassers], die die zumeist Hochbetagten versorgen. (...) Vier von fünf der 4,1 Millionen Pflegebedürftigen leben in den eigenen vier Wänden und werden meist von ihren Angehörigen versorgt. (...) Daher wird der Bedarf nach ambulanter und stationärer Pflege durch Profis und Hilfskräfte [Hilfspersonen] weiterwachsen. Derzeit arbeiten rund 600.000 Beschäftigte, mehrheitlich Frauen, unmittelbar in der Heimpflege, davon ist fast die Hälfte 50 Jahre und älter. In Prognosen wird von einer Personallücke von 307.000 Arbeitskräften bis zum Jahr 2035 ausgegangen." ¹

2.

a. Auch die Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck zeigt, dass die Zahl der Langzeit-Pflegebedürftigen prognostisch zunehmen wird ². Und dies alles vor dem Hintergrund eines bereits bestehenden Pflegepersonalmangels (der sogenannte "Pflegenotstand"), welcher auch die Hansestadt Lübeck betrifft ³.

b. Bereits 2020 erarbeitete der Beirat für Seniorinnen und Senioren der Hansestadt Lübeck folgende Eckpunkte zur Entwicklung der städtischen SeniorInneneneinrichtungen (folgend SIE genannt). Diese umfassten u.a. folgende Forderungen/Empfehlungen:

- "Aufgaben und Angebote gehören zur kommunalen Daseinsvorsorge. Die zukünftigen pflegerischen Angebote haben sich an der demografischen Entwicklung zu orientieren.
- Die SIE sind den heutigen Ansprüchen entsprechend in Ausstattung, baulichen Anforderungen und neuen Angebotsstrukturen weiter zu entwickeln.
- Bestehende und neue pflegerische Angebote wie ambulante Leistungen, neue Wohnformen sind zu entwickeln.
- "Die Pflege in der Bundesrepublik Deutschland ist, wie auch im 2. Pflegestärkungsgesetz verankert, nach dem Grundsatz ambulant vor stationär zu gestalten. Dem Pflegebedürftigen ist damit weiterhin ein Leben in häuslicher Umgebung zu garantieren. Der ambulante Ansatz ist durch alternative Wohnformen wie Altenwohngemeinschaften, Mehrgenerationen-Wohnanlagen, Altenwohnungen usw. zu ergänzen.
- Soweit Pflege in diesem Wohnumfeld nicht mehr möglich ist, ist auch in Zukunft stationäre Pflege zu gewährleisten. Die Hansestadt Lübeck ist im Rahmen der Daseinsvorsorge gehalten, im Rahmen der zu erwartenden demografischen Entwicklung für ein bedarfsgerechtes Angebot von stationärer Pflege zu sorgen." ⁴

3. Aus diesen Entwicklungen und Prognosen ergeben sich folgende abgeleitete Fragen zu folgenden Themenkomplexen:

- I. **Attraktivitätssteigerung als Arbeitgeber:in (Pflegepersonalmangel)**
- II. **Attraktivitätssteigerung als Pflegeanbieter:in (Pflegebedarf der Bevölkerung der Hansestadt Lübeck)**
- III. **Attraktivitätssteigerung als Pflegeanbieter:in (infrastrukturelle Ausstattung / Digitalisierung)**
- IV. **Attraktivitätssteigerung Pflegestandort ("Pflegestadt" Lübeck) Diese einzelnen Fragenkomplexe werden zeitlich gestaffelt (im Abstand von 4-6 Wochen) in die Bearbeitung gegeben (als insgesamt 3 Anfragen in den Ausschuss gestellt).**

---Ende der Vorbemerkung---

I. Attraktivitätssteigerung als Arbeitgeber:in (Pflegepersonalmangel)

Laut AOK Bundesverband zeigt sich der Personalmangel in der Pflege insbesondere auch an unbesetzten Stellen. So waren bundesweit Ende 2018 rund 24.000 Stellen unbesetzt. Die Neubesetzung einer Stelle dauerte im Durchschnitt rund 183 Tage und auf 100 freie Stellen kamen zuletzt nur 25 arbeitslose Pflegefachpersonen 5. Insbesondere hinsichtlich dieser bereits vor fünf Jahren ernüchternden Zahlen, die prognostisch kaum positiver verlaufen sind/werden, ist es zwingend erforderlich, wirksame Konzepte zum Abbau des Personalmangels zu entwickeln und vor allem diese auch umzusetzen.

Quellen:

¹ Heinrich Böll Stiftung (2022). Sozialatlas. Daten und Fakten über das, was unsere Gesellschaft zusammenhält, S. 40 - 41. URL: https://www.boell.de/sites/default/files/2022-03/Sozialatlas_2022.pdf

² Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 80

³ Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 63 ff

⁴ Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 107 - 108

⁵ AOK Bundesverband 2019, S. 24ff

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Ausschuss hat zu Beginn der Sitzung die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes einstimmig beschlossen.

zu 3.2 Mitteilung des Bereiches 2.500 zur Energiekrise

Frau Steinrücke erläutert, dass der Bereich Soziale Sicherung proaktiv zur Energiekrise berichten möchte, insbesondere über die zu erwartenden Auswirkungen für die Lübecker Bürger:innen und über die Herausforderungen für den Bereich Soziale Sicherung.

Frau Schwartz, Frau Mollick-Kasten sowie Frau Meyer erläutern anhand einer Power Point Präsentation die zu erwartenden Veränderungen in Bezug auf die Energiekrise für den Empfängerkreis von SGB II und SGB XII. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass genauere Informationen erst nachgereicht werden können, wenn die weitere gesetzliche Ausgestaltung bekannt ist.

Hierzu sprechen Herr Müller, Herr Pätou, Herr Krause, Herr Voht und Frau Wolgast.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4	Berichte
-------------	-----------------

zu 4.1	Bericht: Die Arbeit des "Tandem Ehrenamts" im Zeitraum 2021-22 (Stabsstelle Koordinierung Ehrenamt und ePunkt e.V.) Vorlage: VO/2022/11157
---------------	---

Herr Dr. Ilse, Frau Nowroth und Frau Rummert erläutern anhand einer Power Point Präsentation die Arbeit des Tandems aus ePunkt und der Stabsstelle Koordinierung Ehrenamt.

Hierzu sprechen Frau Grädner, Herr Dr. Lengen, Herr Müller, Frau Wolter, Herr Candan und Herr Nehrhoff.

Frau Nowroth berichtet von der bevorstehenden Ehrenamtsmesse am 25.09.2022 von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr in der Kulturweft Gollan.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis..

Beschluss:

Beschluss der Bürgerschaft vom 20.01.2020, VO/2020/08575

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 4.2	Sachstand zur Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen Vorlage: VO/2022/11142-01
---------------	--

Frau Steinrücke verweist auf die Sondersitzung und den vorliegenden Bericht.

Hierzu sprechen Herr Krause, Herr Pätou, Frau Zeplin, Frau Friemer sowie Herr Nehrhoff.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Mit der Vorlage VO/2021/10332 wurde durch die Bürgerschaft der Beschluss gefasst, am Standort Auf der Wallhalbinsel/Willy-Brandt-Allee durch die KWL eine Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen errichten zu lassen.

Bereits mit der Vorlage VO/2022/11142 wurde umfassend über eingetretene Änderungen, den zu dem Zeitpunkt aktuellen Planungsstand und entsprechende Kostensteigerungen berichtet.

Zu dem damaligen Stand (Mai 2022) wurde von einer Inbetriebnahme im Januar 2023 ausgegangen. Auch aufgrund der grundsätzlichen Änderung der Konstruktionsweise, Holzrahmenbau statt teilausgebaute Container-Module, waren zu dem Zeitpunkt der Berichtserstellung noch nicht alle Gewerke submittiert und mit einem Zeitplan hinterlegt. Auch die Kosten konnten zu dem Zeitpunkt, u.a. vor dem Hintergrund drastisch gestiegener Preise, noch nicht abschließend bestimmt werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt sieht die Planung der KWL eine Inbetriebnahme im Februar 2023 vor. Die Gründe für die geringe Verzögerung liegen zum einen darin, dass im Zuge der am 27.06.2022 begonnenen Erdarbeiten mehr belastete Böden vorgefunden wurden, als in den umfassenden Voruntersuchungen des Baugrunds, hinsichtlich der Tragfähigkeit und der chemischen Belastung, festgestellt werden konnten. Zwar konnten parallele Arbeiten erfolgen, eine Verzögerung war jedoch unvermeidbar. Zum anderen waren aufgrund der Änderung der Konstruktionsweise weitere behördliche Abstimmungen notwendig, die zu einer Verzögerung geführt haben.

Nach dem aktuellen Stand sieht die Kostenplanung der KWL reine Bau- und Planungskosten inklusive Mehrwertsteuer i.H.v. 2 Mio. Euro vor. Zum Zeitpunkt des 1. Sachstandberichtes waren Gesamtkosten i.H.v. 1,85 Mio. Euro vorgesehen. Die genannten zusätzlichen Mehrleistungen im Zuge der Erdarbeiten (u.a. Analyse und Entsorgung) sind hauptursächlich für die Kostensteigerung um ca. 150.000 Euro. Laut der KWL ist im weiteren Verlauf und mit Blick auf den Fortschritt des Planungsprozesses nicht mit weiteren Kostensteigerungen in dieser Dimension zu rechnen.

Die ursprüngliche Kalkulation der AWO SH gGmbH sah maximale Kosten i.H.v. 433.000 € im Jahr für den Betrieb, zuzüglich einmaliger Kosten i.H.v. 45.000 € für den Umzug und die Erstausrüstung, vor.

In den Betriebskosten waren Mietkosten i.H.v. 150.000 € im Jahr kalkuliert. Die Mietkosten resultieren hierbei direkt aus den erforderlichen Gesamtprojektkosten der KWL, da diese über 10 Jahre kalkuliert und refinanziert werden sollen. Aufgrund der dargestellten Kostensteigerungen ist eine Mietkostenerhöhung unumgänglich.

Sollte die Begegnungsstätte an dem Standort länger als 10 Jahre betrieben werden, da z.B. die mögliche Nachnutzung nicht oder später eintritt, reduziert sich der Mietaufwand ab dem 11. Nutzungsjahr, wie bereits berichtet, erheblich.

Mit der AWO ist nach dem Feststehen der konkreten Kosten die endgültige Kostenkalkulation für den Betrieb der Begegnungsstätte abzustimmen.

In dem der Bürgerschaft vsl. im September vorzulegenden Haushaltsplan 2023 sind die aktuellen Kostenentwicklungen und die entsprechenden Auswirkungen auf die im Rahmen des über einen Zeitraum von 10 Jahren zu schließenden Budgetvertrages bereits berücksichtigt. Eine entsprechende Beschlussvorlage über den Abschluss des Budgetvertrages wird der Bürgerschaft nach dem Vorliegen der endgültigen Kosten und den abgeschlossenen Abstimmungen mit der AWO vorgelegt.

Das Konzept zum Betrieb der Begegnungsstätte, welches in der ursprünglichen Beschlussvorlage dargestellt wurde, hat weiterhin Bestand.

Das derzeit bestehende Angebot des Tea & Talk bleibt bis zur Inbetriebnahme selbstverständlich erhalten. Des Weiteren stehen die bestehenden Angebote des Streetworkermobils (vgl. VO/2019/08009-01), Beratungsangebote des Gesundheitsamtes und Hilfs- und Unterstützungsangebote anderer freier Träger zur Verfügung (vgl. dargestellte Angebote im Suchthilfeplan - VO/2021/10526).

Mit der Vorlage VO/2022/11260-01-01 wird den Gremien über eine Prüfung von alternativen Flächen in dem Umfeld der künftigen Begegnungsstätte am Standort Auf der Wallhalbinsel/ Willy-Brandt-Allee für drogenabhängige Menschen, für die Übergangszeit bis zur Fertigstellung der Begegnungsstätte, berichtet.

Zusammenfassende Darstellung der Änderungen:

	ursprüngliche Planung	aktuelle Planung
Bauweise	Raummodule in Form von Containern	Flächenmodule in Holzständerbauweise
Inbetriebnahme	ca. Juli 2022	Februar 2023
Betriebskonzept	Basisangebot wie in VO/2021/10332 dargestellt	unverändert
Kosten	max. 433.000 € zzgl. einmalig 45.000 €, bei Inbetriebnahme in 2022	genaue Kosten liegen noch nicht vor und müssen mit der AWO SH gGmbH abgestimmt werden; für die Haushaltsplanung 2023 ist die aktuelle Kostenplanung und die entsprechende Auswirkung auf den zu schließenden Budgetvertrag berücksichtigt.
Betriebsdauer	zunächst für 10 Jahre aufgrund einer möglichen Nachnutzung	unverändert

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der
Hansestadt Lübeck für das Jahr 2021
Vorlage: VO/2022/11364**

Hierzu sprechen Herr Krause, Herr Pätau, Herr Müller und Dr. Lengen.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2021 wird mit einer Bilanzsumme von € 5.901.082,00, einem Jahresfehlbetrag von € 1.682.630,53 und einem Bilanzverlust von € 1.668.137,93 festgestellt.
2. Der Bilanzverlust 2021 in Höhe von € 1.668.137,93 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Bürgerschaft gem. Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 Dringlichkeitsantrag AM Andreas Müller (DIE LINKE) und AM Helmut Müller-
Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Unterbringung und Transport ukraini-
scher Geflüchteter
Vorlage: VO/2022/11189**

Herr Müller zieht den Antrag zurück.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um die per Fähre aus Liepaja ankommenden Geflüchteten aus der Ukraine verwaltungsseitig in Empfang zu nehmen, über die Weiterreisemöglichkeiten aufzuklären und sicherzustellen, dass sie eine Übernachtungsmöglichkeit finden, die für ihre Bedürfnisse und Zielorte geeignet sind.

Hierzu zählen insbesondere:

1. Verfügbarkeit einer einfach und schnell zu erreichenden Unterkunftsmöglichkeit ohne Registrierung für Geflüchtete mit Zielort außerhalb Schleswig-Holsteins, den diese am Tag der Ankunft mit der Fähre nicht mehr erreichen können.
2. Organisation von Zugfahrkarten für Geflüchtete mit Zielort außerhalb Schleswig-Holsteins, der noch am selben Abend erreicht werden kann (Hintergrund: Der Ticketschalter am Lübeck Hbf. schließt um 20 Uhr, die Ankunft dort erfolgt aber z.T. erst später).
3. Verfügbarkeit von geeigneten Unterkunftsmöglichkeiten und direkter Transport für Geflüchtete mit eingeschränkter Mobilität und anderen Einschränkungen (Invalidität, Schwangerschaft, Mitführung von Kleinkinder, Behinderungen etc.).
4. Organisation des Transportes in die zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in Bad Segeberg und Neumünster für Geflüchtete, die in Schleswig-Holstein bleiben möchten.

Der Bürgermeister wird zudem aufgefordert, im nächsten Hauptausschuss über die eingeleiteten Maßnahmen sowie deren Kosten und Personalaufwand zu berichten und diese haushälterisch zu ordnen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

Der Antrag wird zurückgezogen.

**zu 7.2 AM Andreas Müller (DIE LINKE): Zuschüsse für Vertragspartner*innen der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2022/11400**

Herr Müller erläutert den Antrag.

Hierzu sprechen Herr Voht, Frau Steinrücke sowie Herr Dr. Lengen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt folgenden Antrag zum Haushalt 2023 in die Bürgerschaft einzubringen:

Die Vertragspartner*innen (soziale und ähnliche Einrichtungen) der Hansestadt Lübeck, die Zuschüsse nach § 6 I Nr. 8 c Gem HVO-Doppik (Konto 5318001 und 5318002, Budgetverträge) erhalten zusätzlich auf Antrag:

- a. Sachkosten, die aufgrund der Inflation, gestiegen sind, in der Höhe des Aufkommens erstattet. Die gilt insbesondere, aber nicht nur für, Strom, Energie und Gas
- b. Kosten für die Gewinnung von Fachpersonal, zum Beispiel über Duales Studium, in voller Höhe erstattet
- c. Sachkosten, die auf Corona-Schutzmaßnahmen beruhen, in voller Höhe erstattet

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	12
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:18 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18:20 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Nichtöffentlicher Teil:

zu 10 Genehmigung der Niederschrift

zu 10.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.06.2022

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 11 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 12 Berichte

zu 13 Beschlussvorlagen

zu 14 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Öffentlicher Teil:

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und berichtet über die Genehmigung der Niederschrift aus der letzten Sitzung.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 18:20 Uhr.

Lübeck, den 23. September 2022

Dr. Marek Lengen Vorsitz	Gitte Timmermann Protokollführung